

Der Rat/Verwaltungsausschuß der Stadt Gemeinde hat in seiner Sitzung am 12.07.1990 die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen
Der Aufstellungsbeschuß ist gemäß § 2 Abs 1 BauGB am 23.07.1990 ortsüblich bekannt gemacht

Lehre den 15.04.1996

gez. Grapshoff
(Stadt/Gemeindedirektor) Siegel

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 07.08.1990.)

Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich

Helmstedt den 01.04.1996

gez. i.V. Dr. Stegelmann
Katasteramt Öffentl. best. Verm. Ing Siegel

Der Entwurf des Bebauungsplans wurde ausgearbeitet von:

Büro für Stadtplanung
Dr. Ing W. Schwerdt
Bohlweg 1
38100 Braunschweig

Braunschweig den

(Planverfasser)

Der Rat/Verwaltungsausschuß der Stadt Gemeinde hat in seiner Sitzung am 31.10.1995 dem Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB / § 3 Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 08.11.1995 ortsüblich bekannt gemacht

Der Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung haben vom 23.11.1995 bis 27.12.1995 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen

Lehre den 15.04.1996

gez. Grapshoff
(Stadt/Gemeindedirektor) Siegel

Der Rat/Verwaltungsausschuß der Stadt Gemeinde hat in seiner Sitzung am dem geänderten Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die erneute öffentliche Auslegung mit der Einschränkung gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 2 Halbsatz BauGB beschlossen

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht

Der Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung haben vom bis gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen

(Stadt/Gemeindedirektor)

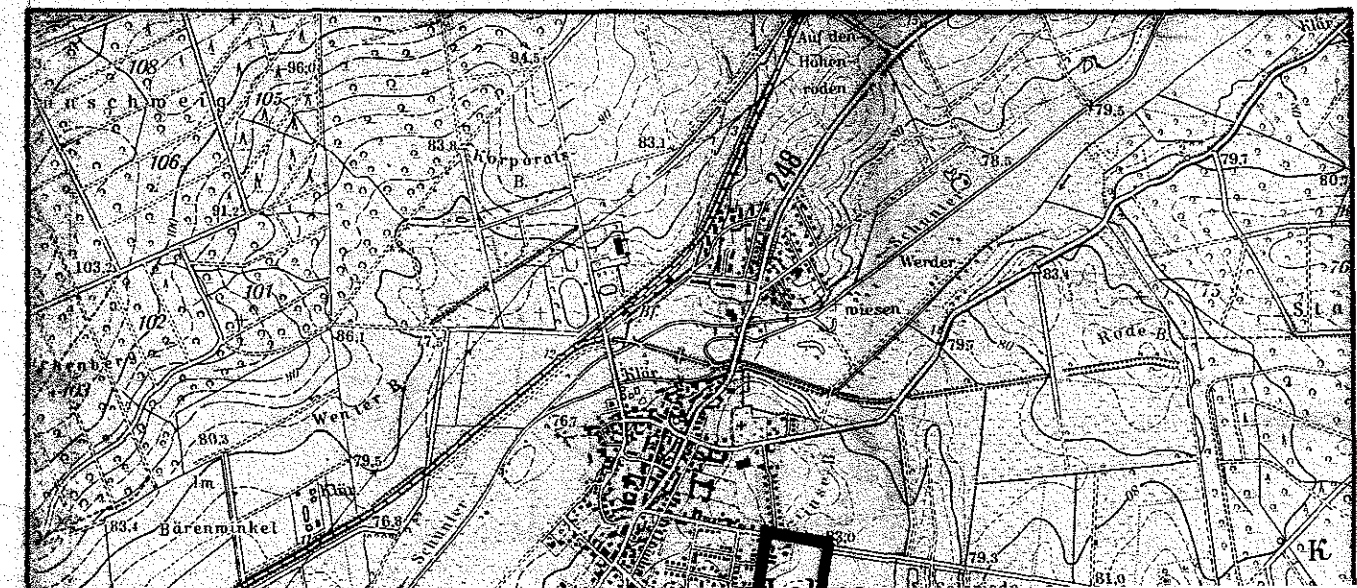
Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Gemeinde diesen Bebauungsplan bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehend/nachstehenden/obenstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Lehre den 15.04.1996

gez. Winkler
(Bürgermeister/in)

Siegel

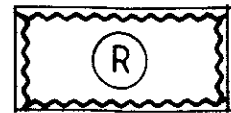
gez. Grapshoff
(Stadt/Gemeindedirektor)



WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES

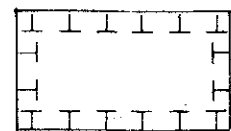


WASSERFLÄCHEN, GRABEN, s. textliche Festsetzung Ziff. 4

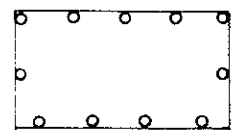


REGENWASSERRÜCKHALTEBECKEN, s. textliche Festsetzung Ziff. 5

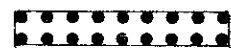
PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT



UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT, s. textliche Festsetzung Ziff. 6



UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN, s. textliche Festsetzung Ziff. 7, 8 und Nachrichtliche Übernahme



UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUR ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND HECKEN, s. textliche Festsetzung Ziff. 9

SONSTIGE PLANZEICHEN



MIT GEH- UND FAHRRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN, Begünstigte:



ANLIEGER



FUSSGÄNGER UND RADFAHRER



GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANS "IM KLAPPENFELDE"



ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG



UMGRENZUNG DER VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDEN SCHUTZFLÄCHEN (FERNWASSERLEITUNG) s. textliche Festsetzung, Ziff. 2

4. Der Uferbereich des Gewässers ist mit standortgerechten heimische Gehölzen naturnah zu gestalten und zu unterhalten
(gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB)
5. Für die in der öffentlichen Grundfläche festgesetzte Regenwasserrückhaltung gilt:
Das Gewässer (Teich) ist in einem naturnahen Zustand anzulegen und ständig zu unterhalten.
6. Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gilt folgendes:
 - a) Innerhalb der mit "A" gekennzeichneten Fläche ist eine Wildwiese zu entwickeln. Die Wiese ist zweimal jährlich zu mähen. Je 50 m² ist ein baumartiges Gehölz wie Birke, Stieleiche, Linde, Esche, Erle pflanzen. Die Gehölze sind in Gruppen von mind. 3 Stück zu pflanzen.
 - b) Innerhalb der mit "B" gekennzeichneten Fläche ist eine Wildwiese als Räumstreifen zu entwickeln. Die Wiese ist zur Freihaltung des Gewässers zu mähen. Es gelten die Nutzungsbeschränkungen gem. § 6 der Unterhaltungsordnung für Gewässer III. Ordnung.
 - c) Die unter a) und b) genannten Maßnahmen stellen die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne des § 8 a BNatSchG für die Allgemeinen Wohngebiete (WA) und die Erschließungsanlagen dar.
(gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB)
7. Innerhalb der mit "C" gekennzeichneten Flächen mit der Festsetzung "Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern" gilt folgendes:
 - a) Je 2 m² Bepflanzungsfläche ist ein strauchartiges Gehölz wie Hasel, Weide zu pflanzen.
Die Gehölze sind artenweise in Gruppen von mind. 3 Stück je Art zu pflanzen. Für die Gesamtbepflanzungsfläche sind mind. 3 verschiedene Arten zu pflanzen.
 - b) Je 20 m² Bepflanzungsfläche ist ein baumartiges Gehölz wie Birke, Stieleiche, Linde, Esche, Erle oder ein Obstbaum zu pflanzen.
 - c) Die Gehölze sind zu unterhalten und ggf. durch neue zu ersetzen.
8. Innerhalb der mit "D" gekennzeichneten Flächen mit der Festsetzung "Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern" ist ein Drittel der unter 7a) und 7b) genannten Pflanzungen vorzunehmen. Der Leitungsschutzstreifen ist zu beachten.
(gem. § 9 (1) Nr. 25 a BauGB)
9. Gem. § 9 (1) Ziff. 25a + b BauGB zu erhaltende Bäume, Sträucher, Hecken und sonstige Bepflanzungen
Der vorhandene, natürliche Bewuchs ist ständig zu unterhalten und im Falle des Absterbens durch gleichartigen zu ersetzen
gem. § 9 (1) Nr. 25 a BauGB

PLANZEICHENERKLÄRUNG (PlanzV 90/BauNVO 90)

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

WA ALLGEMEINE WOHNGEBIETE

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

0,6 GESCHOSSFLÄCHENZAHL
0,4 GRUNDFLÄCHENZAHL
II ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE, als Höchstgrenze

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN

0 OFFENE BAUWEISE
--- BAUGRENZE

EINRICHTUNGEN UND ANLAGEN ZUR VERSORGUNG MIT GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN DES ÖFFENTLICHEN UND PRIVATEN BEREICHS, FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF, FLÄCHEN FÜR SPORT- UND SPIELANLAGEN

FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF
SOZIALEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE UND EINRICHTUNGEN KINDERGARTEN
FEUERWEHR

VERKEHRSFLÄCHEN

STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN
STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG
ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHE

WASS
SCHA
WASS

PLAN
FLÄCH
ZUR E

PLAN
FLÄCH
ZUR E

SONS

SONS

SONS

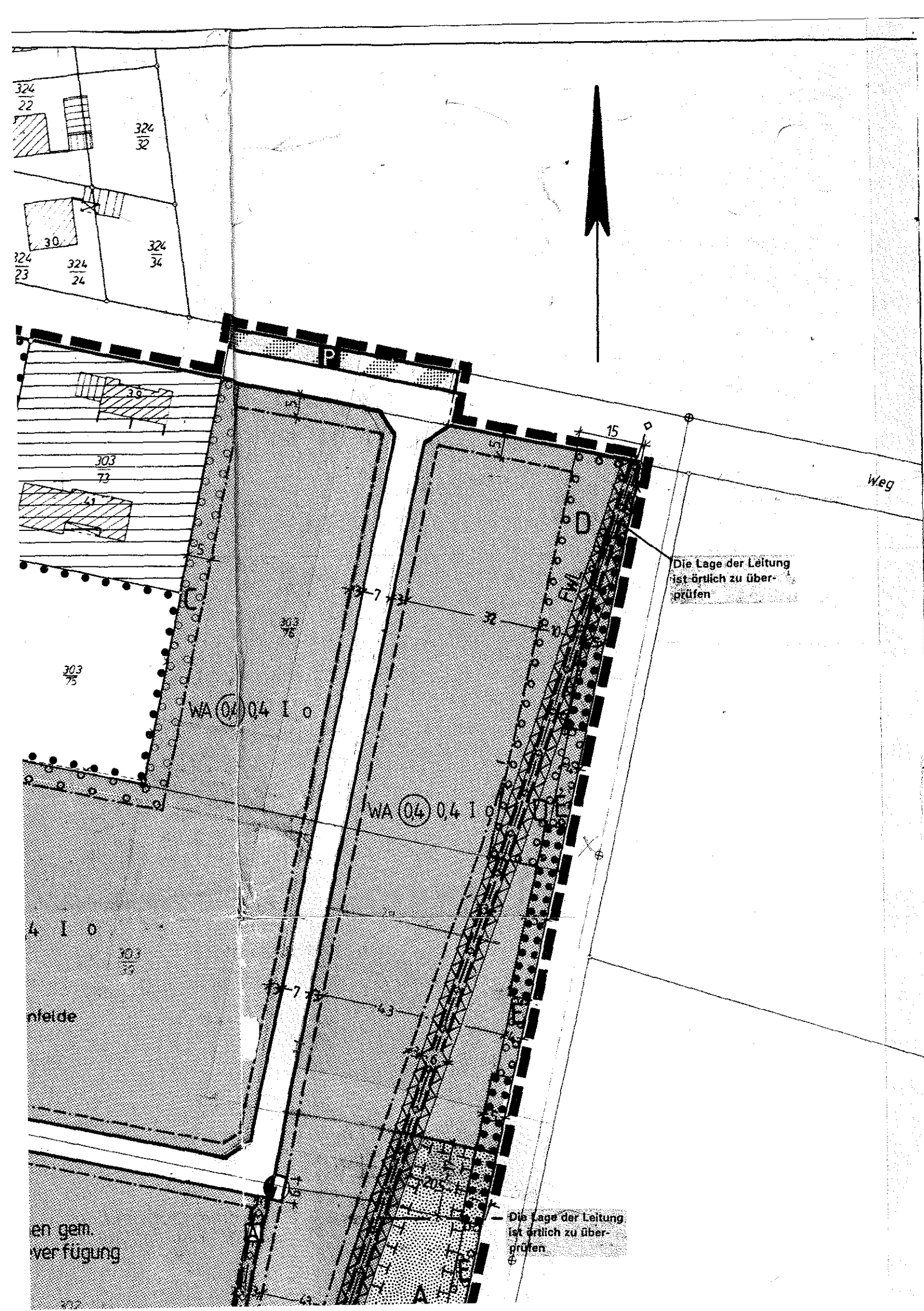
SONS

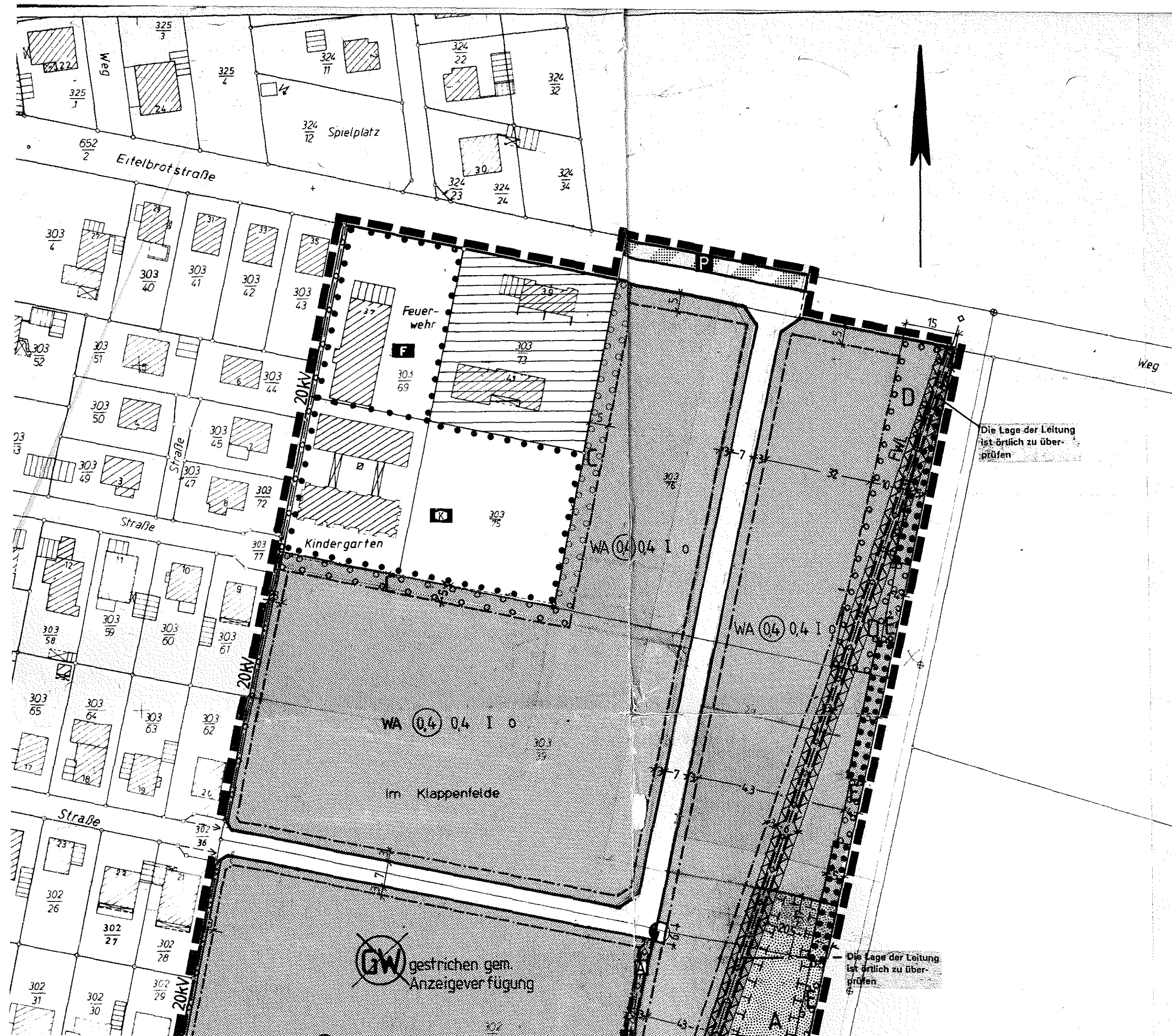
SONS

SONS

SONS

SONS





PLANZEICHENERKLÄRUNG (PI

ART DER BAULICHEN NUTZUN

WA ALLGEMEINE W

MASS DER BAULICHEN NUTZ

0,6 GESCHOSSFLÄCH

0,4 GRUNDFLÄCHEN

II ZAHL DER VOLL

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUC

0 OFFENE BAUWE

----- BAUGRENZE

EINRICHTUNGEN UND ANLAG GÜTERN UND DIENSTLEISTUN PRIVATEN BEREICHS, FLÄCH CHEN FÜR SPORT- UND SPIEL

..... FLÄCHEN FÜR I

SOZIALEN ZWE
EINRICHTUNGEI

FEUERWEHR

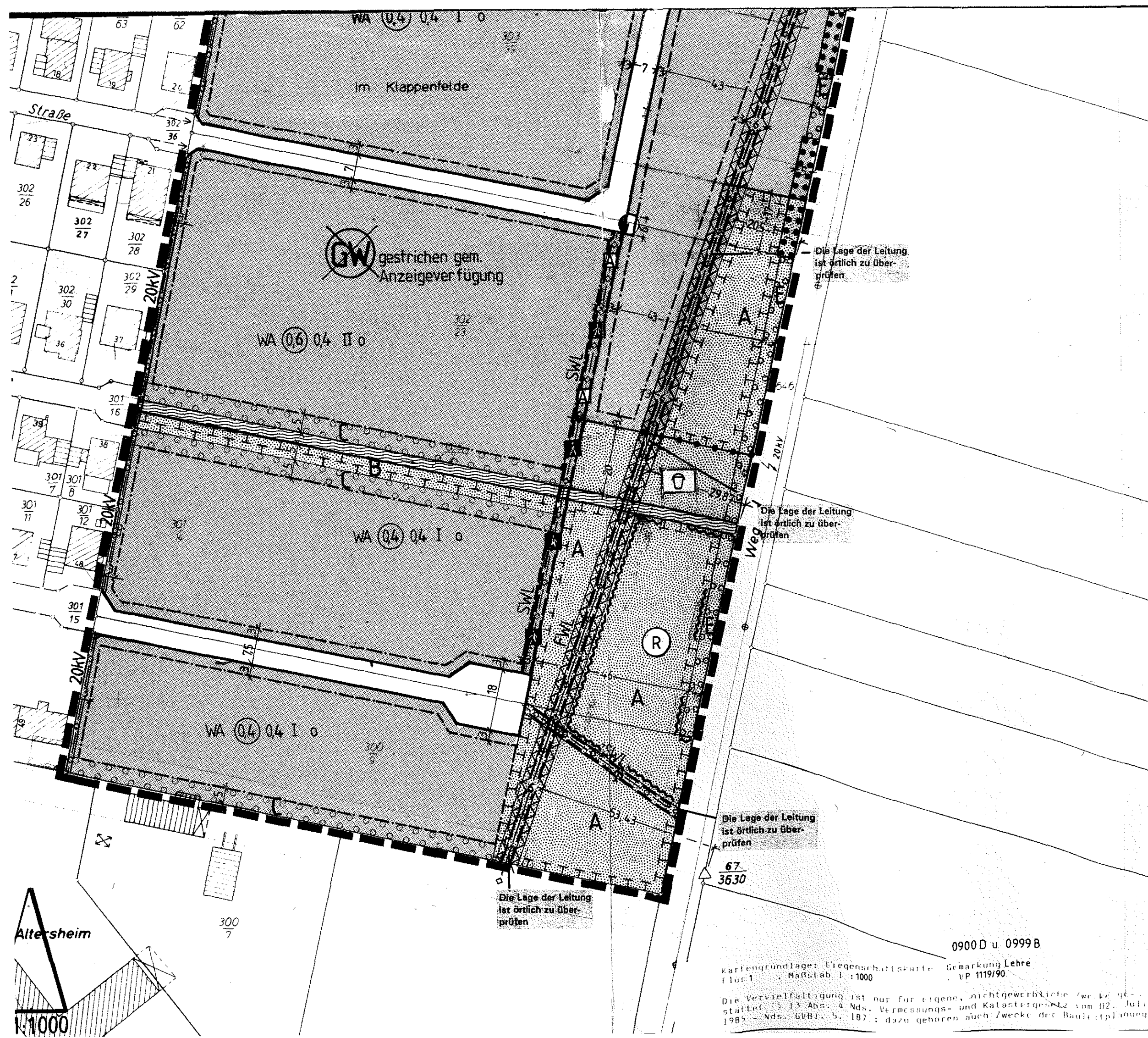
VERKEHRSFLÄCHEN


STRASSENVER

STRASSENBEG

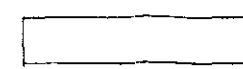



VERKEHRSFLÄCH
MUNG

ÖFFENTLICHE I





 FEUERWEHR


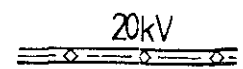
VERKEHRSFLÄCHEN

-  STRASSENVERKEHR
-  STRASSENBEREICH
-  VERKEHRSFLÄCHE
-  ÖFFENTLICHE PLATZ

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGS- UND ABWASSERBESORGEN

-  BETRIEBSGELÄNDE
-  ELEKTRIZITÄT, TR

HAUPTVERSORGUNGS- UND HA

-  FERNWASSERLEITUNG
Schutzstreifen und wasserwerke, s. text
-  20 kV-KABELTRASSE
DISCH, mit 1 m Schutzstreifen
Begünstigte: HASTIG
Ziff. 2
-  SCHMUTZWASSERLEITUNG
3 m Schutzstreifen
Ver- und Entsorgung
Ziff. 2

GRÜNFLÄCHEN

-  GRÜNFLÄCHEN, ÖFFENTLICH
-  SPIELPLATZ, s. text

0900 D u. 0999 B
Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, Gemarkung Lehre, VP 1119/90
Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (S. 13 Abs. 4 Nds. Vermessungs- und Katastergesetz vom 02. Juli 1985 - Nds. GVBG, S. 187; dazu gehören auch Zwecke der Bauleitplanung)

UERWEHR

HEN

RASSENVERKEHRSFLÄCHEN

RASSENBEGRENZUNGSLINIE

RKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIM-
JNG

FENTLICHE PARKFLÄCHE

ERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE ABFALLENT-
ABWASSERBESEITIGUNG SOWIE FÜR ABLAGE-

TRIEBSGELÄNDE HASTRA

EKTRIZITÄT, TRAFO

UNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN

RNWASSERLEITUNG, UNTERIRDISCH, mit 3 m
Schutzstreifen und Leitungsrecht, Begünstigte: Harz-
sasserwerke, s. textliche Festsetzung Ziff. 2

KV-KABELTRASSE MIT FM-KABEL, UNTERIR-
SCH, mit 1 m Schutzstreifen und Leitungsrecht,
günstigte: HASTRA, s. textliche Festsetzung
f. 2

HMUTZWASSERLEITUNG, UNTERIRDISCH, mit
n Schutzstreifen und Leitungsrecht, Begünstigte:
r- und Entsorgungsträger, s. textliche Festsetzung
f. 2

UNFLÄCHEN, ÖFFENTLICH

ELPLATZ, s. textliche Festsetzung Ziff. 3



MIT GEH- UND FAHRRECHTEN ZU BELASTENDE
FLÄCHEN, Begünstigte:



ANLIEGER



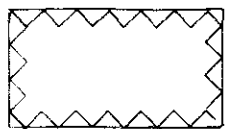
FUSSGÄNGER UND RADFAHRER



GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
DES BEBAUUNGSPLANS "IM KLAPPENFELDE"



ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG



UMGRENZUNG DER VON DER BEBAUUNG FREIZU-
HALTENDEN SCHUTZFLÄCHEN (FERNWASSERLEI-
TUNG) s. textliche Festsetzung, Ziff. 2



~~FLÄCHEN, BEI DEREN BEBAUUNG BESONDERE
BAULICHE VORKEHRUNGEN GEGEN OBERFLÄ-
CHENNAHE GRUNDWASSERBESTÄNDE ERFOR-
DERLICH SIND, gilt für den gesamten Geltungsbe-
reich des Bebauungsplans, s. textliche Festsetzung,
Ziff. 9 und Kennzeichnung gem. § 9 (5) Nr. 1
BauGB~~
gestrichen gem. Anzeigeverfügung

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Am höchsten angeschnittenen Geländepunkt darf die Oberkante des Fußbo-
dens des 1. Vollgeschosses "OKFE" max. 0,60 m über dem gewachsenen
Boden liegen.
(gem. § 9 (2) BauGB)
2. a) Innerhalb der Schutzstreifen der unterirdischen Ver- und Entsorgungs-
leitungen (kV, SWL) ist aus Gründen der Versorgungssicherheit und des
Unfallschutzes bei Neuanpflanzungen darauf zu achten, daß die unter-
irdischen Leitungen nicht vom zu erwartenden Wurzelbereich berührt
werden können.
b) Im Schutzstreifen der FWL dürfen keinen Gebäude errichtet, keine Bäume
geplant oder sonstige Einrichtungen getroffen werden, die den Bestand
der Anlagen gefährden oder den Betrieb und die Erhaltung beeinträchti-
gen.
c) Soweit Ver- und Entsorgungsanlagen die FWL kreuzen, ist ein lichter
Abstand von 0,5 m einzuhalten. Bei Parallelverlegung ist ein Achsabstand
von 3,0 m vorzusehen.
d) Die genaue Lage der Leitungen ist vor Bau- und Pflanzbeginn örtlich zu
überprüfen.
3. Im Bereich des Kinderspielplatzes sind je 50 m² ein baumartiges Gehölz gem.
textlicher Festsetzung Ziff. 7 b und je 5 m² ein strauchartiges Gehölz gem.
textlicher Festsetzung Ziff. 7 a zu pflanzen, zu unterhalten und ggf. durch
neue zu ersetzen.
(gem. § 9 (1) Nr. 25 a + b BauGB)

Stieleiche, Linde, Esche, Erle oder ei

c) Die Gehölze sind zu unterhalten und

8. Innerhalb der mit "D" gekennzeichneten
Pflanzen von Bäumen und Sträuchern" is
nannten Pflanzungen vorzunehmen. Der
ter

(gem. § 9 (1) Nr. 25 a BauGB)

9. Gem. § 9 (1) Ziff. 25a + b BauGB zu erl
und sonstige Bepflanzungen
Der vorhandene, natürliche Bewuchs ist
des Absterbens durch gleichartigen zu er
gem. § 9 (1) Nr. 25 a BauGB

KENNZEICHNUNG GEM. § 9 (5) Nr. 1 BauGB

Bei der Einrichtung von baulichen Anlagen und
geeignete Schutzvorkehrungen gegen das Ein

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

Innerhalb der mit "E" gekennzeichneten Fläch
von Bäumen und Sträuchern" gilt folgendes:

Die Gehölze sind in einer Pflanzrate von 1 m
einer Art aus nachstehenden Pflanzlisten zu p
des Abganges gleichartig zu ersetzen

Bäume 2. Ordnung (3mal verpflanzt, mit Balle
Acer campestre, Feldahorn
Carpinus betulus, Hainbuche
Sorbus aucuparia, Eberesche

Sträucher (2mal verpflanzt, mindestens 60 10
Cornus sanguinea, Roter Hartriegel
Corylus avellana, Hasel
Crataegus monogyna, Weißdorn
Euonymus europaeus, Pfaffenhütchen
Ligustrum vulgare, Rainweide
Lonicera xylosteum, Heckenkirsche
Brunus spinosa, Schlehe
Rhamnus cathartica, Kreuzdorn
Rosa canina, Hundsrose
Rosa rubiginosa, schott. Zaunrose
Rubus fruticosus, Brombeere
Salix caprea, Salweide
Sambucus racemosa, Traubenholunder
Viburnum lantana, Wolliger Schneeball

Gem. § 9 (6) BauGB übernommene Festsetz
schaftsbild aus dem Planfeststellungsverfahren
der DB-Strecke im Zuge der Ausbaustrecke L
Abschnitt Weddel - Fallersleben; gem. Anhang
S. 15 ff.

inde, Esche, Erle oder ein Obstbaum zu pflanzen
sind zu unterhalten und ggf durch neue zu ersetzen.

t "D" gekennzeichneten Flächen mit der Festsetzung An-
men und Sträuchern" ist ein Drittel der unter 7a) und 7b) ge-
ngen vorzunehmen. Der Leitungsschutzstreifen ist zu beach-

25 a BauGB)

f 25a + b BauGB zu erhaltende Bäume, Sträucher, Hecken
pflanzungen
natürliche Bewuchs ist ständig zu unterhalten und im Falle
durch gleichartigen zu ersetzen
25 a BauGB

M. § 9 (5) Nr. 1 BauGB

n baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche sind
ehrungen gegen das Eindringen von Grundwasser zu treffen

ERNAHME

gekennzeichneten Flächen mit der Festsetzung "Anpflanzen
uchern" gilt folgendes:

her Pflanzrate von 1 m² artenweise in Gruppen von 3-6 Stück
nenden Pflanzlisten zu pflanzen, zu unterhalten und im Falle
rtig zu ersetzen

mal verpflanzt, mit Ballen, Stammumfang 10-12 cm)

Feldahorn	2 %
Hainbuche	2 %
Eberesche	2 %

lanzt, mindestens 60 100 cm hoch)

Roter Hartriegel	7 %
Hasel	5 %
Weißdorn	8 %
Pfaffenhütchen	7 %
Rainweide	6 %
Heckenkirsche	7 %
Schlehe	10 %
Kreuzdorn	6 %
Hundsrose	7 %
schott Zaunrose	6 %
Brombeere	5 %
Salweide	8 %
Traubenholunder	5 %
Wolliger Schneeball	7 %

ibernommene Festsetzung als Ausgleichsmaßnahme Land-
lanfeststellungsverfahren nach § 36 BbG für die Änderung
ge der Ausbaustrecke Löhne Braunschweig Wolfsburg;
illersleben; gem Anhang 5 1 und Anlage 9 PLA 12 3

Der Rat-Verwaltungsausschuß der Stadt Ge-
meinde hat in seiner Sitzung am 07.03.1996
dem vereinfacht geänderten Entwurf des Bebau-
unsplans und der Begründung zugestimmt und
die eingeschränkte Beteiligung gem § 3 Abs 3
Satz 2 BauGB beschlossen.

Den Beteiligten im Sinne von § 13 Abs. 1 Satz
2 BauGB wurde mit Schreiben vom 06.02.96
Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 16.02.
1996 gegeben

Lehre den 15.04.1996
gez. Grapshoff
(Stadt- Gemeindedirektor)

Siegel

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat den
Bebauungsplan nach Prüfung der vorge-
brachten Anregungen und Bedenken gem.
§ 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am
07.03.96 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie
die Begründung beschlossen.

Lehre, den 15.04.1996
gez. Grapshoff
(Stadt/Gemeindedirektor)

Siegel

Der Bebauungsplan ist gem § 11 Abs 1 und 3
BauGB am 19.04.1996 angezeigt worden
Für den Bebauungsplan wurde eine Verletzung
von Rechtsvorschriften gem § 11 Abs 3
BauGB mit Maßgaben mit Ausnahme der durch
kenntlich gemachten Teilen nicht
geltend gemacht

Helmstedt den 07.06.1996
i.A. gez. Siegert
Bezirksregierung Landkreis Helmstedt
Der Oberkreisdirektor
Baudezernent

Der Rat der Stadt-Gemeinde ist den in der Ver-
fügung vom 07.06.1996 des Landkreises
(Az : 63/692-21-54-014-01-28) aufge-
führten Auflagen/Maßgaben Ausnahmen in
seiner Sitzung am 27.06.96 beigetreten

~~Der Bebauungsplan hat wegen der Auflagen-
Maßgaben/Ausnahmen vom
bis öffentlich ausgelegen~~

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wur-
den am ortsüblich bekanntge-
macht

Wegen der Auflagen/Maßgaben Ausnahmen hat
die Stadt-Gemeinde zuvor eine eingeschränkte
Beteiligung gem § 3 Abs 3 Satz 2 BauGB
durchgeführt. Den Beteiligten wurde
vom bis Gele-
genheit zur Stellungnahme gegeben

Lehre den 27.06.1996
Der i.A. gez. Heine
Stadt- Gemeindedirektor
Siegel

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11
Abs 3 BauGB) des Bebauungsplans ist gem
§ 12 BauGB am 11.07.96 im Amtsblatt für
den Landkreis Helmstedt bekanntgemacht worden
In der Bekanntmachung ist ein Hinweis auf
§ 215 BauGB erfolgt

Der Bebauungsplan ist damit am 11.07.1996
in Kraft getreten

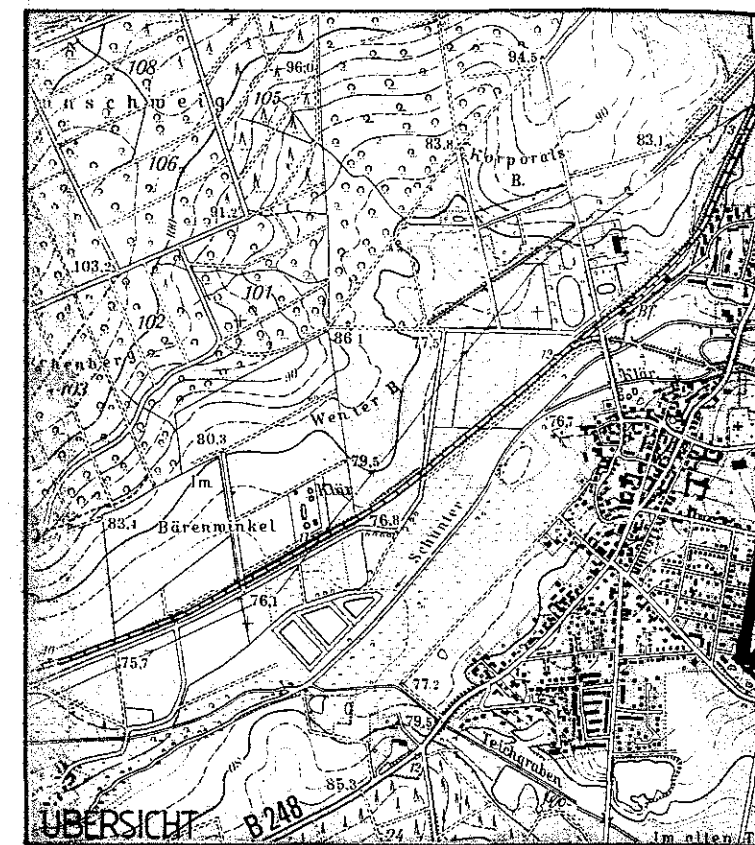
Lehre den 23. Juli 1996
Der i.A. gez. Heine
Stadt- Gemeindedirektor
Siegel

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des
Bebauungsplans ist die Verletzung von Verfah-
rens- oder Formvorschriften beim Zustandekom-
men des Bebauungsplans nicht geltend gemacht
worden

den
Stadt- Gemeindedirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten
des Bebauungsplans sind Mängel der Abwägung
nicht geltend gemacht worden

den
Stadt- Gemeindedirektor



Kartengrundlage: Topographische Karte 1 : 25 000,
3629 (1987), 3630 (1986), 3729 (1987), 3730 (1986)
Vervielfältigt mit Erlaubnis des Herausgebers: Niedersächsisches
Landesverwaltungsamt - Landesvermessung - B 5 - 796/88.

IM K

Die in der Anzeigenfü gung beanstandeten
redaktionellen Mängel sind in dieser Plan-
fassung behoben worden.

flanzen

zu ersetzen

Festsetzung An-
unter 7a) und 7b) ge-
reifen ist zu beach-

Sträucher, Hecken

alten und im Falle

leoberfläche sind
lswasser zu treffen

tzung * Anpflanzen

ippen von 3-6 Stück
halten und im Falle

10-12 cm)

maßnahme Land-
tur die Änderung
eig Wolfsburg;
9 PLA 12 3

Der Rat ~~Verwaltungsausschuß~~ der Stadt Ge-
meinde hat in seiner Sitzung am 07.03.1996
dem vereinfacht geänderten Entwurf des Bebau-
ungsplans und der Begründung zugestimmt und
die eingeschränkte Beteiligung gem § 3 Abs 3
Satz 2 BauGB beschlossen.

Den Beteiligten im Sinne von § 13 Abs. 1 Satz
2 BauGB wurde mit Schreiben vom 06.02.96
Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 16.02.1996
gegeben

Lehre den 15.04.1996
gez. Grubhoff
(Stadt/Gemeindedirektor)

Siegel

Der Rat der ~~Stadt~~/Gemeinde hat den
Bebauungsplan nach Prüfung der vorge-
brachten Anregungen und Bedenken gem.
§ 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am
07.03.96 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie
die Begründung beschlossen.

Lehre, den 15.04.1996
gez. Grubhoff
(Stadt/Gemeindedirektor)

Siegel

Der Bebauungsplan ist gem § 11 Abs 1 und 3
BauGB am 19.04.1996 angezeigt worden.
Für den Bebauungsplan wurde eine Verletzung
von Rechtsvorschriften gem § 11 Abs 3
BauGB mit Maßgaben mit Ausnahme der durch
..... kenntlich gemachten Teilen nicht
geltend gemacht

Helmstedt den 07.06.1996
i.A. gez. Siegert
Bezirksregierung Landkreis Helmstedt
Der Oberkreisdirektor
Baudezernent

Der Rat der ~~Stadt~~ Gemeinde ist den in der Ver-
fügung vom 07.06.1996 des Landkreises
(Az: 63/692-21-54014-01-28) aufge-
führten ~~Auflagen~~ Maßgaben ~~Ausnahmen~~ in
seiner Sitzung am 27.06.96 beigetreten

~~Der Bebauungsplan hat wegen der Auflagen~~
Maßgaben/Ausnahmen vom
bis
öffentlich ausgelegen

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wur-
den am
ortsüblich bekanntge-
macht

Wegen der Auflagen Maßgaben Ausnahmen hat
die Stadt Gemeinde zuvor eine eingeschränkte
Beteiligung gem § 3 Abs 3 Satz 2 BauGB
durchgeführt. Den Beteiligten wurde
vom
bis
Gele-
genheit zur Stellungnahme gegeben

Lehre den 27.06.1996
Der
i.A. gez. Heine
Stadt/Gemeindedirektor
Siegel

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11
Abs 3 BauGB) des Bebauungsplans ist gem
§ 12 BauGB am 11.07.96 im Amtsblatt für
den Landkreis Helmstedt bekanntgemacht worden.
In der Bekanntmachung ist ein Hinweis auf
§ 215 BauGB erfolgt

Der Bebauungsplan ist damit am 11.07.1996
in Kraft getreten

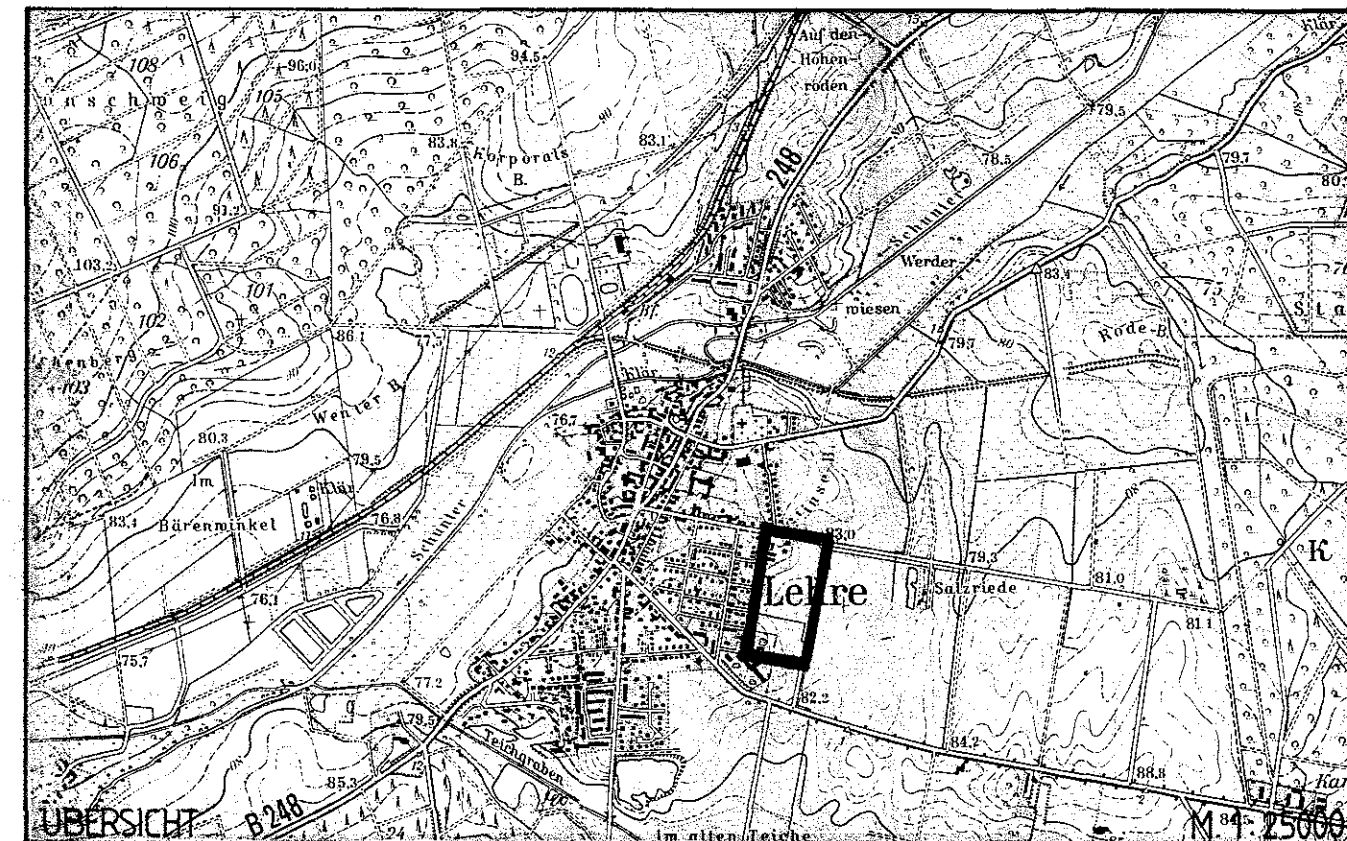
Lehre den 23. Juli 1996
Der
i.A. gez. Heine
Stadt/Gemeindedirektor
Siegel

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des
Bebauungsplans ist die Verletzung von Verfah-
rens- oder Formvorschriften beim Zustandekom-
men des Bebauungsplans nicht geltend gemacht
worden

den
Stadt/Gemeindedirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten
des Bebauungsplans sind Mängel der Abwägung
nicht geltend gemacht worden

den
Stadt/Gemeindedirektor



Kartengrundlage: Topographische Karte 1:25000,
3629 (1987), 3630 (1986), 3729 (1987), 3730 (1986)
Vervielfältigt mit Erlaubnis des Herausgebers: Niedersächsisches
Landesverwaltungsamt - Landesvermessung - B 5 - 796/88

Es wird festgestellt und hiermit be-
gläubigt, daß die Abschrift des Be-
bauungsplanes mit der vorgelegten
Urschrift in Verbindung mit der Anzei-
geverfügung übereinstimmt.

Lehre, den 29. JUL 1996
Gemeindedirektor
A. Stille

GEMEINDE LEHRE IM KLAPPENFELDE

BEBAUUNGSPLAN

Die in der Anzeigenfügung beanstandeten
redaktionellen Mängel sind in dieser Plan-
fassung behoben worden.

IN KRAFT GETRETENE PLANFASSUNG

Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt Bohlweg 1 38100 Braunschweig